

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbr d

## Inhalt

40. Jahrgang / 194

10. Oktober 1985

Erhard Eppler, Mitglied des SPD-Präsidiums, zum Umgang von US-Finanzminister Baker mit der Dritten Welt: Verhöhnung statt Versöhnung. Seite 1

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung, zur Polemik der Bundesregierung gegen den DGB: Verbale Kraftmeierei. Seite 3

Christa Meier MdL, Kulturpolitische Sprecherin der bayerischen SPD-Landtagsfraktion, zur Ausblendung des BR aus dem „Alltag deutscher Juden“: Aufklärungspflicht verletzt. Seite 4

Norbert Gansel MdB zur Waffenexport-Offensive nach Fernost: Bundesregierung arbeitet mit Desinformationen. Seite 5

Buchbesprechung  
Helga M. Wanke rezensiert das Handbuch zur beruflichen Förderung von Frauen, „Mehr als gleicher Lohn“. Seite 6

### Verhöhnung statt Versöhnung

Zum Umgang von US-Finanzminister Baker mit der Dritten Welt

Von Erhard Eppler  
Mitglied des SPD-Präsidiums

Noch vor hundert Jahren konnte ein Land zu den Waffen greifen, weil es sich - oder seinen Monarchen - von einem andern verhöhnt fühlte. Noch Bismarcks Emser Depesche spekulierte - mit Erfolg - auf eine solche Reaktion. Gelten solche Maßstäbe noch heute, so sähen sich die USA demnächst mit Kriegserklärungen eingedeckt. Nicht aus dem Osten, sondern aus dem Süden. Keine Angst, kein Entwicklungsland wird Selbstmord verüben.

Was der US-Finanzminister Baker in Seoul verkündete, war teilweise das womit zu rechnen war: Daß die Banken, vor allem aber die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, neue Kredite zur Verfügung stellen sollten, damit die Schuldner ihre Zinsen zahlen und ihre Kredite umwälzen können. Dies ist nicht eben neu. Natürlich sind 20 Milliarden Dollar weniger bei 100 Milliarden Dollar Schuldendienst im Jahr. Und natürlich ändert dies alles nichts am Zinsniveau, weder für die alten noch für die neuen Kredite. Und das ist hoch, vor allem weil die USA mehr als 200 Milliarden Dollar ihres Haushalts über Kredite finanzieren. Was Baker da vorschlägt, bedeutet nur, daß die Leine am Würgehalsband der Schuldner wieder um ein paar Zentimeter länger, das Band selbst etwas enger wird. Auch daß Baker die Mischung aus Marktwirtschaft und Austerität empfiehlt, ist nicht gerade originell. Vor allem die Armen in den armen Ländern sollen den Gürtel - so sie einen haben - enger schnallen.

Schlimmer ist, was Baker zum Thema Kapitalflucht zu raten hat: Die Entwicklungsländer fordert er zu einer „umfassenden Reform ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik auf“, sodaß sie ihre Zahlungs-

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreuzwort Rätsel  
mit dem Titel des Pressedienstes  
Kreuzwort-Rätsel



bilanz in Ordnung bringen und die Inflationsrate senken können. Dann würden die Gelder, die „wohlhabende Bürger dieser Länder“ ins Ausland, vor allem in die USA gebracht hätten, in die Ursprungsländer zurückfließen. Und dann: „Wenn die eigenen Bürger eines Landes kein Vertrauen zu dessen Wirtschaftssystem hätten, wie können dann andere dieses Vertrauen aufbringen?“

So ist das. Da locken die USA aus aller Herren Länder mit überhöhten und festen Zinsen Geld ins Land und finanzieren damit eine Rüstung, die alle Etatgrenzen sprengt. Seit Jahren bitten die Finanzminister der Welt, auch Gerhard Stoltenberg, die USA ihr Defizit zu verringern und damit Zinssenkungen zu ermöglichen. Aber das US-Defizit nimmt nicht ab, sondern zu. Und dann kommt da ein Finanzminister und sagt denen, die an den hohen Zinsen zugrunde gehen: Macht es doch wie wir! Dann, so könnte man hinzufügen, werden die US-Bürger ihre Ersparnisse wohl in Staatspapieren von Niger oder Peru anlegen.

Natürlich braucht er nicht zu befürchten, daß plötzlich die Anleger aus aller Welt ihre Dollarpapiere verkaufen. Denn was würde dann aus den USA? Schließlich leben sie zunehmend von anderer Leute Geld, nicht nur der Staat, sondern auch die Privatwirtschaft mit ihrem enormen Handelsdefizit. So etwas können sich nur die ganz Großen und ganz Mächtigen leisten, eigentlich nur die USA. Schon in der Bundesrepublik würde die Mark purzeln, wollten wir uns eine Finanz- und Handelspolitik à la Reagan leisten. Und wie lange es beim reichsten aller Länder gut geht, weiß auch niemand.

Den Ländern, die oft, wie im Falle Peru, das anderthalbfache ihrer Exporterlöse als Schuldendienst abführen sollen, können die Lehren Bakers nur zynisch klingen; als der Triumph der zynischen Unvernunft. International sind wir der Verhöhnungsgesellschaft näher als Späths heiler Versöhnungsgesellschaft.

(-/10.10.1985/rs/ks)

+ + +



Verbale Kraftmeierei

Die Bundesregierung wehrt sich bereits im Vorfeld mit blindwütigen Attacken gegen die  
DGB-Aktionswoche

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Die Unionschristen und die Freien Demokraten toben! Seit Tagen wüten sie im bundesdeutschen Blätterwald gegen die Gewerkschaften, wagen diese es doch tatsächlich, mit Hilfe einer großen Aktionswoche über die unsoziale Politik dieser Bundesregierung zu informieren, deren mangelndes Engagement im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit zu kritisieren und für die eigene (alternative) Politik zu mobilisieren.

Den Anfang machte dieser unser Kanzler mit seiner Warnung an die Leser der „BILD“-Zeitung, der DGB betreibe eine „Politik der verbrannten Erde“. Ihm folgten bis heute unter anderem ein parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit gleichermaßen geschmackvollen Entgleisungen über „reaktionäre Klassenkampfparolen“, „bewußte Unwahrheiten“ und eine „Feindseligkeit der Sprache“ des DGB. Und nun beteiligen sich auch noch die Hinterbänkler und Hiwis der christlichsozialen und -demokratischen Fraktion: MdB Günther spricht von „Beschimpfungen“, „Verleumdungen“, „böartigen Unterstellungen“ und „Schmierenkamödie“.

Man darf gespannt sein, welche weiteren Unionspolitiker noch ihre Schlachtrösser satteln werden und Gift und Galle verspritzend übers Bonner Parkett galoppieren werden - ein zutiefst unwürdiges und verlogenes Schauspiel! Denn: als die Gewerkschaften vor noch nicht ganz drei Jahren die sozialliberale Koalition kritisierten - und diese sah zum damaligen Zeitpunkt ja nun wahrlich nicht mehr sonderlich gut aus -, wurden sie dafür von denselben Christdemokraten geherzt und liebevoll an die Brust gedrückt, die heute Zeter und Mordio brüllen. Vor 1982 warfen diese Politiker dem DGB Untätigkeit und Inaktivität vor, heute jedoch kommt ihnen gerade die Aktivität äußerst lästig.

Der als apathisch die Probleme aussitzend verschrieene Kanzler und seine Mannen (und Alibifrauen) in Regierung und Fraktion zeigen Wirkung. Die von der DGB-Aktionswoche für sie ausgehende und für sie spürbare Bedrohung ist offensichtlich groß. Doch haben CDU/CSU/FDP wirklich angenommen, sie könnten den Arbeitnehmern in unserem Land und ihren Gewerkschaften weiterhin Monat für Monat immer neue Nackenschläge zumuten? Immer neue Anschläge auf den Sozialstaat planen und mit Hilfe ihrer parlamentarischen Mehrheit durchpeitschen?

Nun reden der DGB und seine Einzelgewerkschaften Tacheles. Man gebe sich im Regierungslager dabei nicht der Illusion hin, die Aktionswoche des 17. bis 20. Oktober 1985 sei eine Einzelveranstaltung, ein einmaliges Aufbegehren. Die Schmerzgrenze ist lange schon überschritten. Der Widerstand der Gewerkschaften gegen diese Regierung und ihre Politik wird auch nach dem 20. Oktober anhalten. Der Druck auf Kohl & Co. wird weiter wachsen, weil - auch dank unserer Gewerkschaften - immer mehr Bürger erkennen werden, wer da in Bonn an der Macht sitzt und wozu er sie mißbraucht.

Da werden auf Dauer auch keine Entgleisungen und blindwütige Attacken gegen den DGB und die mit diesem einige Bonner Opposition helfen. Wenn diese Regierung ihre Haut 1987 retten will, müßte sie eine vollkommen andere Politik machen - und für ein solches Umdenken gibt es auch in diesen Tagen nicht die allerkleinsten Hinweise. Im Gegenteil - die verbale Kraftmeierei ist eine Flucht nach vorne nach Art der Lemminge.

(-/10.10.1985/rs/ks)

+ + +



Aufklärungspflicht verletzt

Bayerischer Rundfunk blendet sich aus dem „Alltag deutscher Juden“ aus

Von Christa Meier MdL  
Kulturpolitische Sprecherin der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Beim Bayerischen Fernsehen scheint man der Meinung zu sein, daß ein Film über den „Alltag deutscher Juden heute“ eine nicht zumutbare Behelligung der Zuschauer darstellt und jedenfalls nicht in das Konzept des Vorabendprogramms - leichte Kost als Rahmen für die Werbung - paßt. Als einzige Anstalt blendet sich der Bayerische Rundfunk aus der 13teiligen Fernsehserie „Levin und Gutmann“ aus, die im Vorabendprogramm der ARD ausgestrahlt wird.

Die in Berlin spielende Serie von Wolfdietrich Schnurre (Buch) und Peter Deutsch (Regie) mit den Hauptdarstellern Shmuel Rodensky und Werner Hinz zeigt jüdische Familien im deutschen Alltagsleben, wobei deutlich wird, daß es in der heutigen Bundesrepublik durchaus ein jüdisches „Ghetto-Leben“ gibt.

In einem Brief an den BR-Intendanten, Reinhold Vöth, habe ich mein Befremden über die BR-Ausbliederung aus „Levin und Gutmann“ zum Ausdruck gebracht. Ich schrieb: „Es ist nicht das erstemal, daß der Bayerische Rundfunk stellvertretend für die mündigen Bürger ‚auf's Knöpfchen drückt‘. In diesem Fall aber bestürzt es mich umso mehr, als sich in diesen Tagen der Erlaß des Gesetzes ‚Zum Schutze deutschen Blutes und deutscher Ehre‘, bekannter als sogenannte Nürnberger Gesetze, zum fünfzigsten Mal jährt. Es sollte für eine öffentlich-rechtliche Anstalt wie den Bayerischen Rundfunk zur vornehmsten Pflicht gehören, aufklärend und vermittelnd gerade in diesem Bereich zu wirken.“

Ich bat den Intendanten dringend, die Entscheidung nochmals zu überprüfen und diese Serie in das Vorabendprogramm des Bayerischen Fernsehens mit einzubeziehen. (-/10.10.1985/rs/ks)

+ + +



**Waffen-Export-Offensive jetzt auch nach Fernost****Bundesregierung arbeitet mit Desinformation und Täuschung****Von Norbert Gansel MdB**

Nach den Waffengeschäften mit Saudi-Arabien im Nahen Osten will die Bundesregierung nun auch den Waffenmarkt des Fernen Ostens für die deutsche Rüstungsindustrie erschließen.

SPD-Bundestagsabgeordnete hatten auf einer Informationsreise des Ausschusses für Wirtschaft nach Malaysia festgestellt, daß die Deutsche Botschaft Rüstungsunternehmen aus der Bundesrepublik bei der Teilnahme an der Kriegswaffenmesse „Defense '86“ im nächsten Februar in Kuala Lumpur behilflich ist. Die Anfragen der SPD-Abgeordneten Uwe Jens und Helmut Rohde waren zunächst ausweichend beantwortet worden. Weitere Anfragen haben nun aber zu dem Eingeständnis der Bundesregierung geführt, daß an der Kriegswaffenschau 44 Firmen aus der Bundesrepublik teilnehmen wollen. „Die Botschaft in Kuala Lumpur steht grundsätzlich jedem deutschen Unternehmen für seine Bemühungen um den Einstieg in den dortigen Markt beratend zur Seite.“ Damit wird die Waffenexportoffensive des Bundeskanzlers, der auf Kirchentagen ein vollmundiges „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ versprach, über den Nahen Osten in den Fernen Osten fortgesetzt.

Auch in diesem Fall wird mit Desinformation und Täuschung gearbeitet. Den Abgeordneten wurde mitgeteilt, der Bundesregierung sei nicht bekannt, mit welchen „Exponaten“ sich die Firmen an der Ausstellung beteiligen würden. Die Exponate würden von den Ausstellerfirmen „aus Wettbewerbsgründen erfahrungsgemäß erst bei Ausstellungsbeginn“ bekanntgegeben. Die Bundesregierung mußte jetzt allerdings zugeben, die nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und nach dem Außenwirtschaftsgesetz erforderlichen Genehmigungen für Exponate dieser Ausstellung bereits erteilt zu haben. Solche Genehmigungsbescheide bezeichnen aber exakt den Gegenstand, den Lieferanten und den Verwendungszweck.

Am „dortigen Markt“ sind die Philippinen, Thailand und Indonesien aus teils innen- und teils außenpolitischen Gründen Staaten, in die Lieferungen nach den angeblich noch geltenden Richtlinien der Bundesregierung nicht zulässig sind.

Daß sich die Bundesregierung von diesen Richtlinien und der früheren restriktiven Waffenexportpraxis ohne Rücksicht auf internationale Verwicklung abgewendet hat, wird auch dadurch deutlich, daß der bayerische Ministerpräsident bei seinem Besuch in der Volksrepublik China den Verkauf von Militärhubschraubern aus der Bundesrepublik Deutschland in die Volksrepublik ins Gespräch gebracht hat. Die Bundesregierung wird dazu Stellung nehmen müssen, ob solche Verkaufsangebote in ihrem Auftrag erfolgt sind oder ob Herr Strauß in seiner Eigenschaft als Rüstungslobbyist gehandelt hat, der weiß, daß er sich um die bisher geltenden Gesetze und Richtlinien nicht mehr zu scheren braucht.

Unter diesen Umständen wird die SPD auf eine baldige Beratung eines Gesetzentwurfs zur Sicherung der Kriegswaffenkontrolle im Deutschen Bundestag drängen. Die Bundesregierung darf sich der öffentlichen Diskussion nicht länger durch Täuschung und Verharmlosung entziehen.

(-/10.10.1985/rs/ks)

+ + +



**BUCHBESPRECHUNG**

„Mehr als gleicher Lohn“ / Handbuch zur beruflichen Förderung von Frauen, herausgegeben von Herta Däubler-Gmelin, Heide M. Pfarr, Marianne Weg. Hamburg, VSA-Verlag, 1985, 215 Seiten, 17,80 DM.

**Praktische Hinweise zur beruflichen Förderung von Frauen**

„Frauenförderplan“ ist ein Begriff, der seit einiger Zeit Unruhe stiftet, vor allem in der Männerwelt, die fürchtet, daß damit die Frauen auf dem Wege sind, traditionelle „Männerpründe“ zu besetzen.

Tatsache ist: In der Arbeitswelt bewegt sich einiges unter diesem Begriff. Dabei geht es darum, verkrustete Strukturen zugunsten erwerbstätiger Frauen aufzubrechen und ihre Gleichstellung nach Grundgesetz und Gesetz am Arbeitsplatz zu verwirklichen.

Eine Bilanz dieser Bemühungen will das jetzt erschienene Sammelwerk „Mehr als nur gleicher Lohn“ ziehen. Auf 188 Seiten berichten Wissenschaftlerinnen, Politikerinnen, Gewerkschafterinnen, Betriebsrätinnen und Journalistinnen über ihre Erfahrungen und den praktischen Stand der Umsetzung solcher Förderpläne in Betrieben, Verwaltung und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Unter Frauenförderung - das wird klargestellt - versteht man/frau beileibe nicht die Übervorteilung oder gar Diskriminierung der Männer in ihren beruflichen Möglichkeiten. Viel mehr geht es um nicht mehr als um gleiche Chancen von Mann und Frau, erstens: bei der Einstellung und der Bewerbung in bisher immer noch männlich geprägten Branchen, Bereichen und Berufen, zweitens: bei der Fortbildung und drittens beim Aufstieg in Führungspositionen - übrigens Forderungen, die durch Artikel 3 Grundgesetz verbürgt sind.

Aus den Berichten, die Erfahrungen in wissenschaftlichen Betrieben, im öffentlichen Dienst, im politischen Bereich, in Wirtschaftsunternehmen und in den Medien zusammenfassen und zum Vergleich auch Ergebnisse europäischer Staaten und der Vereinigten Staaten von Amerika heranziehen, wird deutlich: Mit der Gleichstellung von Frauen am Arbeitsplatz stehen wir immer noch am Anfang. Die Schwierigkeiten und Widerstände bei der Umsetzung von Frauenförderplänen überwiegen im Vergleich mit den positiven Ergebnissen. Im Gegenteil: Der Weg geht rückwärts. Denn Frauen sind die Leidtragenden zum einen ständig gestiegener Massenarbeitslosigkeit und zum anderen verfehlter konservativer Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre. Ihre Arbeitsplätze fallen besonders häufig weg, Fortbildungsmaßnahmen finden kaum statt, neue entstehende Arbeitsplätze mit anderen Qualifikationsanforderungen stehen Frauen kaum offen. Im Klartext: Die Chancen der Frauen in Beruf und Gesellschaft haben sich - bis auf wenige Ausnahmen - verschlechtert.

Genau hier - das vermitteln die Beiträge des Sammelwerkes überzeugend - müssen die Maßnahmen beruflicher Frauenförderung ansetzen. Die Verfasserinnen bleiben aber nicht bei ihren Forderungen stehen. Es wird ebenso anhand von Beispielen, wie in Wirtschaftsunternehmen und an Hochschulen, aufgezeigt, wie solche Pläne aussehen und wie sie in Gang gesetzt werden sollten, wie Erfolge erzielt und wie Widerstände überwunden werden können. Schließlich wird auch die Frage der Kontrolle behandelt.

Abschließend werden die bestehenden Richtlinien und Programme zur Frauenförderung dokumentiert. Literaturhinweise und die Anschriften von Gleichstellungsstellen und Frauenreferaten in Bund, Ländern und Gemeinden, von Gewerkschaften, internationalen Organisationen und Institutionen, der Frauenforschung an Hochschulen und der Frauengruppen in den Rundfunkanstalten runden das Sammelwerk ab.

„Mehr als gleicher Lohn“ ist also eine Fundgrube praktischer Hinweise, ein nützliches Handbuch für jedermann/jedermann, die sich sachkundig mit dem Problem der Frauenförderung auseinandersetzen wollen.

Helga M. Wanke

(-/10.10.1985/rs/fr)

+ + +